



## Antrag

der Abgeordneten **Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier** und **Fraktion (AfD)**

### **Potenzielle Voreingenommenheit privater Medien offenlegen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass private Medien verpflichtet werden,

1. ihre Anteilseigner im Impressum offenzulegen,
2. die Mitgliedschaft ihrer Autoren, Ressortleiter und Redakteure in Tendenzbetrieben (§ 118 Betriebsverfassungsgesetz – BetrVG) im Impressum offenzulegen,
3. Spenden ab 10.000 Euro innerhalb eines Kalenderjahres und Spenden von mehr als 50.000 Euro unmittelbar nach dem Eingang zu veröffentlichen.

### **Begründung:**

In einer marktwirtschaftlichen Demokratie besitzen private Medien einen ausschlaggebenden Einfluss auf die Meinungsbildung der Bevölkerung, denn sie erfüllen in einer freien Gesellschaft die Rolle der sogenannten vierten Macht. Dies ist an sich begrüßenswert.

Die meisten, wenn nicht alle, privaten Medien sowie die mit ihnen verbundenen Autoren, Ressortleiter und Redakteure besitzen dabei bestimmte politische, wirtschaftspolitische, moralische und andere weltanschauliche Tendenzen. Dies ist an sich nicht verwerflich, insbesondere, solange die Meinungsvielfalt und Meinungsfreiheit in der Gesellschaft gegeben sind.

Die Eigentumszugehörigkeit der privaten Medien, die Mitgliedschaft der mit ihnen verbundenen Autoren, Ressortleiter und Redakteure in Tendenzbetrieben (§ 118 BetrVG) sowie die Entgegennahme von Spenden sind ein wichtiger Indikator für eine potenzielle bestimmte Tendenz eines privaten Mediums oder des von ihm veröffentlichten Materials (Berichterstattung, Kommentar etc.).

Zum Beispiel wird das Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) von der Verlagsgesellschaft Madsack betrieben, woran wiederum die SPD eine Kommanditbeteiligung von 23,1 Prozent besitzt.

Zahlreiche Journalisten privater und öffentlich-rechtlicher Medien sind Alumni des Young Leaders Programm der Atlantik-Brücke e. V.

Im Jahr 2021 erhielt der Spiegel 2,9 Mio. Euro von der Bill & Melinda Gates Foundation, um wohlwollend über Themen wie Klimawandel, Migration und soziale Ungerechtigkeit zu berichten (Deutsche Wirtschaftsnachrichten (DWN), 2022).

Die Süddeutsche Zeitung ist Teil des OCCRP-Netzwerks (OCCRP = Organized Crime and Corruption Reporting Project), das 2023 fast 12 Mio. US-Dollar von der US-Regierung erhalten hat (Apollo News, 2024).

Das engagierte Medienunternehmen Correctiv erhielt bis 2022 Zuwendungen von mindestens 11,3 Mio. Euro von Stiftungen, wobei aktuellere Angaben laut Quelle nicht veröffentlicht wurden. Die Fördermittel stammen dabei sowohl aus dem Inland, z. B. von den Brost-, Schöpflin- und Mercator-Stiftungen, als auch aus dem Ausland, etwa von Luminare oder den Open Society Foundations von George Soros.

Im Interesse der Demokratie und der freien Meinungsbildung ist es deshalb wichtig, dass die Konsumenten von privaten Medien in der Lage sind, sich über die potenziellen politischen, wirtschaftspolitischen, moralischen und andere weltanschaulichen Tendenzen der privaten Medien und der mit ihnen verbundenen Autoren, Ressortleiter und Redakteure über die o. g. Indikatoren informieren zu können.

Aktuell ist dies meistens nicht gewährleistet. Aus diesem Grund ist es wichtig, private Medien dazu zu verpflichten, ihre Eigentumszugehörigkeit, die Mitgliedschaft ihrer Autoren, Ressortleiter und Redakteure in Tendenzbetrieben im Impressum, sowie die Entgegennahme von Spenden offenzulegen.